KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

Die Linke

Nr. 288 - 32. Jahrgang
OKTOBER 2024
Spendenbeitrag 50 Cent

BEREIT FÜR EIN GERECHTES MORGEN

Vom 18. bis 20.10. traf sich Die Linke in Halle, um auf dem Bundesparteitag ein Jahr vor der Bundestagswahl und ein Jahr nach der Abspaltung des Wagenknechtflügels ein Signal des Aufbruchs auszusenden. Etwa zehntausend neue Mitglieder konnte Die Linke im vergangenen Jahr begrüßen.

In ihrer Abschiedsrede als Vorsitzende bezeichnete Janine Wissler die Trennung von Wagenknecht als unvermeidlich. Eine linke Partei dürfe sich niemals dem rechten Zeitgeist anpassen und nach unten treten, sondern müsse über Klassenwidersprüche und Profiteure des Systems reden. Die Träume der AfD seien nun aber Regierungshandeln geworden. Janine wies darauf hin, dass heutzutage auch ein Willy Brandt als Emigrant von den Asylrechtsverschärfungen der Ampelkoalition betroffen wäre. Wir als Linke lehnen diese Verschärfungen ab. Janine kritisierte scharf, dass die SPD ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl wieder politisch links blinkt, nachdem sie in der Regierung sozialpolitisch versagt und Steuersünder ungeschoren gelassen hat.

Kritik auch am außenpolitischen Kurs der Ampel. Die Linke fordere: „Russische Truppen raus aus der Ukraine“. Aber Aufrüstung mache die Welt nicht sicherer, ein Frieden in der Ukraine werde durch Waffenlieferungen nicht wahrscheinlicher. Forderungen nach Diplomatie dürften nicht als naiv diffamiert werden, so Janine, die aber genauso wie den russischen Angriffskrieg die Bombardierung kurdischer Gebiete durch die Türkei anprangerte: „Wir messen nicht mit zweierlei Maß“.

Zum Krieg im Nahen Osten sagte Janine, dass Die Linke die Gräueltaten der Hamas aufs Schärfste verurteile. Aber sie kritisierte auch das brutale Vorgehen Israels in Gaza und im Libanon. So schaffe man keine Sicherheit und bekämpfe keinen Terror. Die Waffenlieferungen nach Israel müssten gestoppt werden. Die Linke wolle ein sicheres Israel, aber auch einen sicheren und anerkannten Staat Palästina. Antisemitismus müsse konsequent bekämpft werden. Wer das Massaker der Hamas feiere, könne nicht unser Bündnispartner sein. Es gebe auch in der Linken emotionale Debatten zum Thema, die wir aber solidarisch und mit Empathie führen sollten.

Fortsetzung auf Seite 3

KEINE BUNDESWEHR IM ROSTOCKER HOF!

Heute Wochenendshopping, morgen Auslandseinsatz – das geplante Karriere-center der Bundeswehr im Rostocker Hof ist „geschmacklos, verharmlosend und unprofessionell“.

Neben Schuhläden, Eisdiele und Modegeschäften will die Bundeswehr demnächst neue Rekrutinnen und Rekruten anwerben. Hierzu erklären die Kreisvorsitzenden der Linken Rostocks Nurgül Senli und Sandro Smolka: „Die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie jeder andere, denn eine Verpflichtung kann maximale Folgen haben. Seit 1992 sind 119 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen ums Leben gekommen. Wenn jetzt zwischen Schuhläden und Restaurants um neue Rekruten geworben werden soll, ist das geschmacklos, verharmlosend und am Ende unprofessionell.

Wir fordern die Bundeswehr auf, ihre Überlegungen zu überdenken. Die zur Zeitenwende umgedeutete Militarisierung unserer Gesellschaft ist jetzt bereits, schwer zu ertragen. Uns ist auch klar: Die Innenstadt braucht gegen Leerstände neue Konzepte. Ein Anwerbe-Büro im Einkaufszentrum ist hingegen keine Lösung, zeigt aber, auf welchen Abwegen sich unsere Streitkräfte befinden.“

www.dielinke-rostock.de

In dieser Ausgabe

Seite 2: Rostocker AGn
Seite 3/4: Bundesparteitag
Seite 4/5: Aus der Bürgerschaft
Seite 6: Friedenspolitik
Seite 7: Aus dem Landtag
Seite 8: AfD-Verbot jetzt!

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
wir informieren Euch heute über den Bundesparteitag der Linken in Halle und über die vergangene Sitzung der Rostocker Bürgerschaft. Was interessiert Euch mehr? Die Kommunalpolitik ist ja die Herzkammer der Linken, hieß es auf dem Bundesparteitag. Geredet wurde wieder einmal über Anderes.
Vor Kurzem war ich auf einem Vernetzungstreffen linker Kommunalpolitiker aus ganz Deutschland. Es war ein toller Austausch in einer immer angenehmen Atmosphäre, so unterschiedlich die Herausforderungen in den großen und kleinen Kommunen auch sind. Ein wichtiger Aspekt war Bodenpolitik, also eine Nutzung von Grundstücken zum Nutzen aller Einwohner. Da musste ich an den Teepott in Warnemünde denken, aber lest selbst ab Seite 4!
Die nächste Ausgabe des KLARTEXT wird voraussichtlich Anfang Dezember erscheinen.
Viel Vergnügen bei der Lektüre dieser Ausgabe wünscht Euch die Redaktion.
Carsten Penzlin

AKTUELLES

Nato-Hauptquartier ist kein Beitrag für diplomatische Lösung

Laut Medienberichterstattungen plant die Nato die Eröffnung eines regionalen Hauptquartiers in Rostock. Dazu erklärt der Landesvorsitzende der Linken in MV, Hennis Herbst:
„Jede Woche erreichen uns neue Schlagzeilen der weiteren Militarisierung in Deutschland. Zuletzt wurde verkündet, dass ab 2026 atomwaffenfähige US-Tomahawk-Raketen in Deutschland stationiert werden sollen. Diese Woche geht es um die Eröffnung eines Nato-Hauptquartiers in Rostock.
Es sind diese Ankündigungen, die der Eskalation Vorschub leisten und den leidtragenden Menschen im Kriegsgebiet nichts nützen. Immer mehr Raketen und Militärstandorte treiben die Eskalationsspirale voran, statt für mehr Sicherheit durch Diplomatie zu sorgen. Wir kritisieren die Eröffnung des Nato-Hauptquartiers und halten an unserer Ablehnung der Raketenstationierung fest. Die Verantwortungsträger sind aufgerufen, sich an die Festlegungen des Zwei-plus-vier-Vertrags zu halten, wonach weder atomwaffenfähige Raketen noch ausländische Truppen auf dem Gebiet der damaligen DDR stationiert werden dürfen. Gegen die Stationierung der Tomahawk-Raketen werden wir weiter im Land Unterschriften sammeln, um ein deutliches Signal gegen Militarisierung und für friedvolle Konfliktlösungen zu setzen.“

AKTUELLES

Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften im Kreisverband Rostock

Der Kreisvorstand Die Linke Rostock hat beschlossen:
Der Kreisvorstand Die Linke Rostock richtet drei dauerhafte Arbeitsgemeinschaften mit den Arbeitsbereichen „Mitgliederpflege“, „Politische Arbeit“ und „Die Linke hilft/Haustürgespräche“ ein.
Den Arbeitsgemeinschaften fällt folgende Aufgabe zu:
„Mitgliederpflege“: Die AG Mitgliederpflege betreut Neumitglieder und hält den Kontakt zu bestehenden Mitgliedsstrukturen wie Basisorganisationen und Stadtteilverbänden. Mitglieder dieser AG halten die Kommunikation vom Kreisvorstand zur Basis und tragen Anliegen und Ideen der Mitgliedschaft in den Kreisvorstand. Sie organisieren in Abstimmung mit dem Kreisvorstand Veranstaltungen zur Mitgliederpflege bzw. Mitgliedergewinnung.
„Politische Arbeit“: Die AG Politische Arbeit befasst sich mit politischen Themen und fördert den Austausch im Kreisverband. Sie konzipiert Diskussionsangebote für die Mitgliedschaft und entwickelt Standpunkte zu Fragen, die die Stadtpolitik bzw. Landes- und Bundesebene betreffen. Hierzu gehören auch Antragsideen für Parteitage auf Kreis-, Landes- und Bundesebene.
„Die Linke hilft/Haustürgespräche“: Die AG Die Linke hilft/Haustürgespräche organisiert Kontaktangebote für Bürgerinnen und Bürger. Mitglieder der AG führen Haustürgespräche und entwickeln Hilfsangebote für Bürgerinnen und Bürger mit sozialen Problemen.
Alle Mitglieder des Kreisvorstandes sind Mitglied in einer Arbeitsgemeinschaft. Aus der Mitte des Kreisvorstandes werden die Sprecherinnen und Sprecher der Arbeitsgemeinschaften bestimmt. Die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften wird ein monatlicher Tagesordnungspunkt im Kreisvorstand. Den Mitgliedern im Kreisverband wird ein Angebot zur Mitarbeit in den Arbeitsgemeinschaften unterbreitet. Dieses Angebot erfolgt bis zum Jahreswechsel 2025, sodass mit Beginn des Jahres 2025 ein Arbeitsbeginn erfolgen kann. Finanzielle Auswirkungen für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften werden im Kreisvorstand beraten.

BERICHT VOM BUNDESPARTEITAG

Fortsetzung von Seite 1

Janine betonte die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, wir müssten konsequent die Klassenfrage stellen. Aus passivem Unmut müsse aktive Gegenwehr werden.

In der anschließenden Generaldebatte hatte jeder drei Minuten Redezeit. Der Spitzenkandidat zur brandenburgischen Landtagswahl Sebastian Walther blickte mit Demut auf die Wahlniederlage zurück und stellte die Frage: „Warum können wir für die Menschen nicht die demokratische Alternative zum Rechtsruck sein? Warum trauen sie uns nicht zu, für bezahlbare Mieten und gute Löhne zu sorgen?“ Darauf müsse die Partei eine Antwort finden. Das gelang in der Debatte nur selten. Aus Bayern kam die Forderung, die Partei müsse wieder einen Slogan finden, der die Menschen mitreißt (wie früher: „Hartz-IV muss weg!“). Das Thema Wohnen biete sich hier an. In München sei der Einsatz für Mieter seit einigen Jahren das Alleinstellungsmerkmal der Linken. Dazu passte, dass der Parteitag einen Antrag annahm, in dem es heißt: „Bezahlbares Wohnen muss ein zentrales Handlungsfeld für Die Linke werden. Wir wollen einen bundesweiten Mietendeckel, bezahlbare Heizkosten, ein öffentliches Wohnungsbauprogramm und Vergesellschaftung der Immobilienkonzerne.“

Kerstin Eisenreich aus Sachsen-Anhalt hob ebenfalls die Kommunalpolitik hervor, denn hier würden die Menschen am ehesten spüren, was linke Politik für sie bewirken könne. Thomas Iwan legte Hamburger Schwerpunkte dar: Kampf für eine gute öffentliche Infrastruktur und für eine Vergesellschaftung der Wohnungskonzerne. In Wiesbaden konnte Die Linke als Teil der kommunalen Regierung eine Gewerbesteuererhöhung durchsetzen und mit dem Geld Sozialkürzungen verhindern. Für Schwarzfahren gibt es keine Ersatzfreiheitsstrafe mehr. Auch durch Sozialberatung steige der Gebrauchswert der Linken für die Menschen.

Wie immer auf Parteitagen gab es auch Warnungen vor zu viel Parlamentarismus der Partei, vor dem „Liebäugeln mit der Macht“ und vor „faule Kompromissen“. Wie immer gab es Selbstdarstellungsbeiträge von Bewerbern für den Parteivorstand (dabei hatten sie doch später die Chance zu einer Bewerbungsrede). Das Thema Frieden spielte in sehr vielen Reden und Fragen an die Kandidierenden eine Rolle, aber auch der Rechtsruck in der Zuwanderungspolitik. Der scheidende Bundesschatzmeister Harald Wolf wies darauf hin, dass viele Anhänger der Linken Zuwanderung mit Skepsis sehen, bei ihnen müssten wir Aufklärungsarbeit leisten über die Vorteile und Notwendigkeit von

Zuwanderung. Die Forderung eines Redners, die Klimafrage (als die Klassenfrage des 21. Jahrhunderts) gehöre an erster Stelle, blieb eher Einzelmeinung. Auch im neuen Parteivorstand werden weniger Umweltpolitiker vertreten sein.

In der Antragsdebatte barg die Frage Israel/Palästina erheblichen Konfliktstoff in sich. Eine Woche zuvor war es auf dem Landesparteitag in Berlin zum Eklat gekommen, u.a. wegen der Debatte, an welcher Antisemitismusdefinition sich Die Linke orientieren soll. Es gab nun in Halle zwei Anträge, die einseitig Kritik an Israel übten. Den Krieg Israels sollte die Partei als Genozid an der palästinensischen Bevölkerung brandmarken. Alles in dem Bewusstsein, dass ein bedeutender Teil der Partei diese einseitige Kritik als unerträglich empfinden muss. Ines Schwerdtner und Jan van Aken hatten im Vorfeld des Parteitages zu vermitteln versucht, lobten diese Debatte und präsentierten einen Ersetzungsantrag. Mitgefühl für alle Opfer, die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand, Ende der völkerrechtswidrigen Besatzung von Gaza und Westjordanland – dies sollte im Vordergrund stehen. Der Parteitag sei nicht der Ort, über Antisemitismusdefinitionen zu diskutieren. Nach einer leidenschaftlichen Debatte gab es eine breite Mehrheit für den Kompromiss. Am Samstag demonstrierten vor der Halle Israelfeinde, bekamen aber kein Rederecht auf dem Parteitag.

Heidi Reichinnek und Sören Pellmann, Vorsitzende der Linken Gruppe im Bundestag, sollten aus der Arbeit im Bundestag berichten. Das taten sie aber nicht, stattdessen erging sich vor allem Sören in Belehrungen über die Strategie der Partei. Gerne hätte man Selbstkritik aus der Gruppe im Bundestag gehört, die früher mal eine Fraktion war. Aber Schuld an allem trägt ja immer der Parteivorstand.

Ein neuer Vorstand wurde gewählt. Ines Schwerdtner, Mitglied der Linken seit einem Jahr, bewarb sich für den Vorsitz. Sie fragte nach den Gründen für unsere Wahlniederlagen. Die Gesellschaft braucht unsere Partei, meinte sie. Sie griff die Regierung an. Sie machte der Partei Mut. Aber es blieb doch alles im Vagen in ihrer 7-Minuten-Rede, die möglichst viele Themen abzudecken versuchte. Dann die Bewerbung Jan van Akens: „Meine Name ist Jan van Aken, und ich bin der Meinung, es sollte keine Milliardäre geben.“ Sicherheit und Freiheit im Land könne es nur geben, wenn die Stärkeren für die Schwächeren einstehen. Die Mehrheit der Menschen wolle in keiner Ellenbogen-Gesellschaft leben. Solidarität gelte für jeden Menschen gleich welcher Herkunft. „Kein Fußbreit dem Faschismus!“ Die Linke müsse mit konkreten Visionen den Menschen Hoffnung machen, anstatt nur zu sagen, wie schlimm alles ist. Das sei unsere Art, auch Sozialismus zu sagen.

Ines erhielt 79% der Stimmen, Jan sogar 88% (bei einem Gegenkandidaten, der nicht anwesend war). Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Sabine Ritter (Hamburg) und Luise Neuhaus-Wartenberg (Sachsen) sowie Ates Gürpinar (Bayern) und Maximilian Schirmer (Berlin) gewählt. Neuer Bundesgeschäftsführer ist Janis Ehling. Sein Vorgänger Tobias Bank hatte nach einem Jahr das Handtuch geworfen. Janis blickte (selbst)kritisch auf die vergangenen zwei Jahre zurück. Die Partei habe zu wenig Schlussfolgerungen aus dem Wahlergebnis 2021 gezogen. In den Medien und Social Media komme die Linke kaum vor, viele Rädchen greifen in der Partei organisatorisch nicht mehr ineinander, die Weiterbildung neuer Mitglieder hänge am Engagement nur weniger Genossen. Zu oft kümmere sich niemand um die Neumitglieder. Aber: „Eine Partei, die eine Aufgabe hat, stirbt nicht.“

Fortsetzung auf Seite 4

AKTUELLES

BERICHT VOM BUNDESPARTEITAG

Fortsetzung von Seite 3

Danach hielt Gregor Gysi eine launige Rede, aus der vor allem in Erinnerung bleibt, dass sich nach dem Parteitag Gregor, Bodo Ramelow und Dietmar Bartsch zusammensetzen wollen, um die Partei mit dem Gewinn von Direktmandaten zu retten.

Für den Parteivorstand kandidierten zwei Frauen aus unserem Landesverband. Karen Larisch hob hervor, was Die Linke in der Landesregierung alles durchgesetzt hat, aber sie sprach auch die großen Probleme bei uns an, vor allem die Umtriebe der Nazis. Sichtbar, hörbar und streitbar kämpfe sie seit den 90er Jahren für eine gerechte, nazifreie Gesellschaft und könne ihren Beitrag zur Arbeit der neuen AG „Die Linke hilft“ leisten. Margit Glasow empfand sich in den letzten zwei Jahren oft als Außenseiterin im Parteivorstand. Sie wolle aber weiter für eine linke Klassenpolitik streiten und dafür, dass sich der Parteivorstand an der Basis orientiere. Als Pazifistin stimmte sie in ihrer Bewerbungsrede das Lied „We shall overcome“ an. Karen und Margit mussten gegeneinander in die Stichwahl, die Margit gewann. Spontan entschied sich unser Landesvorsitzender Hennis Herbst zur Kandidatur, damit unser Landesverband auch in den kommenden Jahren eine Stimme im Parteivorstand hat. Hennis hatte Erfolg. Glückwunsch!

Die Delegation aus M-V

Weiter ging es am Sonntag mit der Antragsdebatte. Es gab einige Anträge zum Thema Frieden. Die bayerische Linke forderte sofortige Waffenstillstände in allen Kriegen. So einfach machen es sich manche, aber der Parteitag lehnte das ab. Der Antrag der Kommunistischen Plattform „Schluss mit der Kanonen-statt-Butter-Politik“, der auch vom Rostocker Kreisparteitag unterstützt wurde (siehe September-KLARTEXT), sah sich mit einem Änderungsantrag des Parteivorstandes konfrontiert, der stark in die Ursprungsformulierungen eingriff, gegen „falsche Formulierungen für das richtige Ziel“. Gestrichen wurde etwa die Behauptung, Putin habe ja versichert, keine NATO-Staaten angreifen zu wollen. Der Einbringer dieses Änderungsantrages wurde als Kriegstreiber beleidigt. Der Änderungsantrag vom PV wurde abgelehnt, dann aber auch der Antrag der Kommunistischen Plattform. Im Leitantrag des PV gibt es einen ausführlichen Teil zum Thema Frieden. Konkret forderte der Parteitag darüber hinaus eine Kampagne gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland, die es bei uns im Landesverband ja bereits gibt.

Intensiv diskutierte der Parteitag über die Frage, ob das Bedingungslose Grundeinkommen ins Programm der Linken aufgenommen werden soll. Ein Mitgliederentscheid hatte vor drei Jahren dafür votiert, nun sollten die Delegierten entscheiden. Widerstand gab es vor allem aus dem Gewerkschaftsflügel, der die Forderung nach einer sanktionsfreien Mindestsicherung für Bedürftige als besseren Weg sieht. Die Haltung der Partei sollte weiter offen gehalten werden und damit Befürworter und Gegner des BGE vereinigen. Dafür warb auch die neue Vorsitzende Ines. Ihr folgte eine klare Mehrheit des Parteitages. Zurück bleiben Enttäuschte, die die innerparteiliche Demokratie beschädigt sehen.

Eine große Mehrheit der Delegierten sprach sich für die Unterstützung des AfD-Verbotsverfahrens aus. Satzungsänderungen wurden beschlossen: DIE LINKE. heißt jetzt Die Linke.

100.000 Haustürgespräche will Die Linke nun führen, um diejenigen Probleme zu identifizieren, die den Menschen unter den Nägeln brennen. Man darf gespannt sein, ob die Mietenfrage wirklich zum zentralen Thema der Linken wird. Das wäre ein Thema, das alle Mitglieder eint.

Carsten Penzlin

KOMMUNALPOLITIK

BERICHT VON DER BÜRGERSCHAFTS-SITZUNG AM 9. OKTOBER

Mit Spannung wurde die jüngste Sitzung der Rostocker Bürgerschaft erwartet, denn die konfliktgeladene Stimmung in der Kommunalpolitik im Vorfeld ließ hitzige Debatten erwarten. Aber es blieb friedlich.

Der Teepott in Warnemünde ist ein Wahrzeichen für unsere Stadt, aber sein Potenzial wird zu wenig genutzt. Der Eigentümer Friedemann Kunz spekuliert seit langem darauf, das Grundstück zu erwerben, wofür es aber bislang keine politischen Mehrheiten gab (Prinzip Erbbaurecht statt Verkauf städtischer Grundstücke). Der Rostocker Bund beantragte nun, den Druck auf den Teepott-Eigentümer zu erhöhen, das recht marode Gebäude zu sanieren oder wenigstens eine volle Nutzung des

Gebäudes sicherzustellen. Von der Verwaltung kam die Ansage, dass man da wenig bis gar nichts machen kann. So sind dann offenbar die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, und die Bürgerschaft lehnte den Antrag ab. Bleibt zu hoffen, dass der Teepott nicht irgendwann einen Zustand erreicht, in dem eine Sanierung nicht mehr möglich ist. Wäre nicht das erste Mal in unserer „schönen“ Stadt.

Die FDP stellte den Antrag, in der KTV keine Alkoholverbotszonen zuzulassen. Die Ostsee-Zeitung hatte diesen Punkt im Rahmen der Debatte um die Sicherheit am Doberaner Platz zur Diskussion gestellt, weil der OZ nun mal keine Schlagzeile zu blöd ist, um Leser zu gewinnen. Dass diese Strategie aufgehen wird, darf bezweifelt werden. Jedenfalls wurde schnell klar, dass die Stadt keine Alkoholverbotszonen prüft (wer sollte die auch kontrollieren, vor allem abends und nachts?), und laut Gesetzeslage eine Entscheidung ohnehin ohne Bürgerschaft treffen dürfte. Die FDP hielt ihren Antrag trotzdem aufrecht, denn auch ihr ist keine Schlagzeile zu blöd. Sie inszenierte sich in der Bürgerschaftssitzung als Freiheitspartei. Christian Albrecht betonte, dass auch die Linksfraktion prinzipiell solche Zonen ablehnt, kritisierte aber die „Phantomdebatte“. Der FDP-Antrag wurde abgelehnt.

Mit großer Mehrheit folgte die Bürgerschaft einem Antrag der CDU, den maroden Verkehrsgarten möglichst bald zu sanieren. Anders als beim Teepott hat hier die Stadt in den letzten Jahren versagt und die Planungen zu spät gestartet.

2020 machte Claus Ruhe Madsen aus dem Amt für Schule und Sport zwei Ämter, um selber für Sport zuständig sein zu können. Als Eva im Sommer 2023 die Trennung wieder aufheben wollte (zuständig für Sport wäre dann wieder Senator Steffen Bockhahn geworden), waren die Bürgerschaftsfraktionen dagegen. Seitdem verschärften sich aber die Probleme in der Zusammenarbeit der beiden Ämter (die Zusammenarbeit von Ämtern ist in Rostock ohnehin ein schwieriges Thema): unklare Zuständigkeiten, persönliche Konflikte ... Deshalb entschied Eva, die Ämter wieder zusammenzulegen, was sie auch ohne Zustimmung der Bürgerschaft darf. SPD und CDU stellten nun den Antrag, auf die Zusammenlegung zu verzichten. Ein sinnloses Unterfangen, denn wie gesagt, kann Eva das alleine entscheiden. Christian Albrecht wies auf die negative Außenwirkung solcher Debatten hin. Eva erklärte geduldig die Hintergründe ihrer Entscheidung und kündigte an, sollte der Antrag eine Mehrheit finden, in Widerspruch zu gehen. Aber es gab keine Mehrheit. Im Vorfeld hatte Die Linke kritisiert, dass SPD und CDU in Kauf nehmen würden, dass der Antrag nur mit den Stimmen der AfD Aussicht auf Erfolg hätte. Die AfD beklagte in diesem Zusammenhang auf der Sitzung Ausgrenzung und Hetze, und sie enthielt sich der Stimme.

Die AfD bildet die größte Fraktion, aber an den Debatten der 3. Bürgerschaftssitzung seit der Kommunalwahl nahmen deren Mitglieder kaum teil. Dasselbe lässt sich über das BSW sagen, dessen einziger Beitrag zur Sitzung ein Antrag auf Auszeit war, um sich intern zu beraten. So sind es nach wie vor die anderen Parteien, die Rostocks Kommunalpolitik gestalten.

Debatten finden auch oft abseits der politischen Gremien statt. Zwei Beispiele: Der Autovermieter Sixt wird den geplanten

Die Rostocker Linke sammelt Unterschriften gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen

Innovation Hub in der Südstadt nicht realisieren, es werden also auch keine neuen Arbeitsplätze entstehen. Für einige politische Vertreter der Stadt war dies Anlass, in Zeitung und Internet den Untergang des Wirtschaftsstandortes Rostock zu beklagen. Nun mag es Probleme geben, Investoren den roten Teppich auszurollen, aber die Entscheidung von Sixt hatte damit rein gar nichts zu tun. Christian Albrecht kritisierte dann auch die billige Stimmungsmache der anderen Parteien, den Dauerwahlkampf gegen OB und Verwaltung, der dem Ruf des Standortes Rostock Schaden zufüge.

Ein weiteres Beispiel ist die Nutzung eines kleinen Wiesenstücks am Kröpeliner Tor für die Fahrgeschäfte des Weihnachtsmarktes. Dort wird der Rasen nun provisorisch aufgeschottert, Alternativen waren vorher von der Stadt erfolglos geprüft und der Ortsbeirat Stadtmitte einbezogen worden. Gegen die Aufschotterung gab es eine Petition vom BUND und der Zeitschrift „Stadtgespräche“, die binnen weniger Tage von tausenden Menschen unterschrieben wurde. Vergebens. Die „Stadtgespräche“ wollen nun einen Prozess initiieren, in dem die Frage geklärt werden soll, wie Politik, Verwaltung und Bürger künftig auf Augenhöhe Rostocks Stadtgrün erhalten und entwickeln wollen.

Die „Stadtgespräche“ beklagten auf Instagram eine verhärtete Diskussionskultur, in der Argumente nicht mehr zählen und Andersdenkende pauschal abgewertet werden. Ihr Vorschlag: Gegenargumente für eine wirkliche Abwägung und sachliche Debatte nutzen. Kommentar unserer Oberbürgermeisterin: „Schöne Idee. Leider erleben wir es tagtäglich zu 90% anders. Jede Streit-Seite drückt die jeweils andere zugespitzt und polarisierend in eine Ecke. Der Verhandlungsraum in der Mitte, dort wo ihr abwägen möchtet, ist leer. Stattdessen regieren Empörungslust, emotionale Zuspitzung und Ausgrenzung die Debatten. Wer versucht, ruhig zu bleiben, gerät ins Hintertreffen verkürzter online-Diskurse und schnell etablierter Meinungen. Hinzu kommen die Label, die man sich verpasst - ihr habt einige in Eurem Post genannt. Mit Blick auf die KTC-Fläche, wurde ich als Anti-Demokratin und Umweltzerstörerin in eine Ecke geschoben, in die ich nicht gehöre. Man verteidigt sich dann zig Mal, irgendwann lässt man es stehen. So sind die Zeiten.“

Hierzu passt der Beschluss der Bürgerschaft, nach umfangreicher Evaluation nun den Leitfaden für Bürgerbeteiligung in einem anderthalbjährigen Prozess zu überarbeiten. Der Beirat für Bürgerbeteiligung ist aus ganz verschiedenen Gründen (vorerst) gescheitert. Zumindest an der Diskussionskultur lag es nicht, aber eine wirksame und alle zufriedenstellende Bürgerbeteiligung zu organisieren, ist eine Herkules-Aufgabe.

Nach gut vier Stunden sachlicher Debatten war die Bürgerschaftssitzung beendet, und so durfte auch der Säugling an der Brust des SPD-Fraktionsvorsitzenden endlich nach Hause.

Carsten Penzlin

WAS ANDERE ÜBER UNS DENKEN

Tom Maercker, „Links“, in: Stadtgespräche Rostock, 3. Quartal 2024

Die Partei „Die Linke“ repräsentiert gesellschaftlich niemanden mehr so richtig. Auch das ist ein Problem, weil eine eigentlich gesellschaftlich relevante Bevölkerungsgruppe keine parlamentarische Entsprechung mehr findet. Das fundamentalste Versagen aus meiner Sicht: Der Überfall Russlands auf die Ukraine. Natürlich kann es nicht falsch sein, für den Frieden einzutreten. In Friedenszeiten. Aber: Wenn das Haus brennt, wird gelöscht. Die Linken der Ukraine haben das sofort verstanden, selbst die Anarchist:innen. Und sogar die russischen Anarchist:innen haben sofort Hilfs- und Schleuserwege erkundet, um zu helfen. Aber einem überfallenen Staat Hilfe und Unterstützung zu verweigern, verrät ausnahmslos alles, was Gerechtigkeit, Solidarität, Empathie und Internationalismus gebieten. 1936 sind viele deutsche Kommunisten nach Spanien in den Kampf gezogen - „Spaniens Himmel“. Heute verkriecht sich der Parteivorstand hinter russlandfreundlichen und verschwörungsideologischen Ausflüchten, Welt- und Atomkriegsfantasien und fadenscheinigen Pazifismusfloskeln. Doppelschade.

FRIEDENSDEMO „NIE WIEDER KRIEG“

Protestiert werden sollte am 3.10. gegen die Kriege im Nahen Osten und in der Ukraine und für Verhandlungen. Dieser Aufruf bundesweit hat auch uns, 60 Teilnehmer aus Rostock und Landkreis-Rostock sehr bewegt und ließ uns gleich Handeln. 2 Schwaaner haben sich sofort bereit erklärt, einen Reisebus mit 48 Plätzen zu buchen, die Teilnehmerliste zu führen, die Abfahrtzeiten festzulegen sowie die Teilnehmergebühr einzusammeln. Die Resonanz war groß und die Mitfahrplätze nach 1 Woche ausgebucht. So das 2 Kleinbusse (privat) mit 12 Teilnehmer zusätzlich gefahren sind. Unsere jüngste Teilnehmerin ist 15 Jahre alt und der älteste Teilnehmer Jahrgang 1934.

Pünktlich um 12.30 Uhr kamen wir in Berlin, Breitscheidplatz an und waren einer von 3 Stellplätzen in Berlin, die dann als Sternenmarsch fast gleichzeitig an dem großen Stern der Siegessäule eintrafen und von den Veranstalter herzlich begrüßt wurden. Ca.42.000 Teilnehmer erwarteten mit vielen Fahnen, Losungen und Transparenten die angekündigten Redner. Die Stimmung war sehr erwartungsvoll und von vielen persönlichen Gesprächen geprägt. Viele junge Menschen, mit ihren Forderungen, die sie vielfach durch Losungen zum Ausdruck brachten, waren mit dabei.

Als erste Rednerin wurde Dr. Gesine Lötzsch, DIE LINKE, MdB angekündigt. (Kurze Auszüge der Rede)

„Wir sehen heute die Friedensbewegung lebt.“

„ Ziel der Demonstration sei es, ein breites Spektrum an Menschen zu gewinnen.“

„Friedens-u. Umwelt-u. Klimabewegungen sollten sich zusammenschließen und sie sollen dabei zeigen, dass es möglich ist, gemeinsam für eine Welt ohne Krieg zu demonstrieren, auch wenn man im Detail unterschiedlicher Auffassung ist.“

„Krieg ist ein Verbrechen an Menschen und Natur.“

„Es gibt 21 Kriege auf unserer Erde. Von vielen wissen wir gar nichts.“

„Ein Leopard 2 Panzer kostet 27,5 Mio. € und verbraucht 720Liter auf 100 km.“

„Die Bundesregierung muss mehr in Diplomatie investieren, als in immer mehr Waffen.“

„Es geht nicht nur um Krieg und Frieden, es

geht um das Überleben der Menschheit““

Dann trat Dr. Ralf Stegner-SPD-MdB ans Rednerpult. (Kurze Auszüge der Rede)

Er sprach von einen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, Dass die Ukraine sich verteidigen muss, auch mit Unterstützung von Deutschland.

„Die deutsche Unterstützung für die Ukraine ist humanitär, politisch und militärisch.

„Die Luftabwehr in der Ukraine muss auch durch Deutschland gesichert werden.“

„Das rettet jeden Tag leben.“

Mit Buhrufen und Pfiffen wurde seine Rede unterbrochen. Die Teilnehmer haben wahrscheinlich erwartet, dass ein führender SPD-Politiker sich für diplomatische Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien einsetzt und dass die Langstreckenraketen von der USA in Deutschland nicht stationiert werden dürfen, zum Ausdruck bringt und dass die SPD eine Friedenspartei ist.

Erwartungsvoll und vielleicht auch misstrauisch durch die Teilnehmer wurde Gauweiler CSU angekündigt. (Längere Ausführung)

„ Vielen Dank für die Einladung. Bitte verzeihen Sie mir eine gewisse Verlegenheit. Ich habe noch nie auf einer Kundgebung der Friedensbewegung gesprochen. Aber wir sollten jetzt ein bisschen näher zusammenrücken. In Europa brennt es und wir müssen die EU und die politische Klasse in Deutschland überzeugen, dass man einen Brand nicht mit Benzin löschen kann. Jeder weiß, dass Russland- das noch im Jahr 2000 eine Anfrage auf Aufnahme in der NATO gestellt hat- in Konflikt mit seinen früheren Teilstaat der Ukraine niemals zu den Waffen hätte greifen dürfen. Aber die tägliche Schuldzuweisung, Verurteilungen und Verwünschungen, gerade von Deutschland aus, lösen den Konflikt nicht.“

„Politik ist Problemlöser. Problemlöser ist etwa anders als richten.“

„ Niemand hat die Deutschen zu Richtern über die Völker gesetzt.“

„ Wenn es wirklich um unsere Werte geht, sollte sich nicht nur Deutschland, sondern auch Europa, das sich immer noch gerne „ das Abendland“ versteht, nicht so einfach über die Worte des Papstes hinwegsetzen wollen. Der oberste Bischof der Christenheit sagte unmissverständlich: „Versucht zu verhandeln, sucht den Frieden.“

„Deutschland sollte jetzt in der 12 Stunde der EU dazu bewegen nicht weiter den Krieg und das Waffenmanagement zu ihrer Sache zu machen, sondern das wechselseitige, vollständige und bedingungslose Niederlegen der Waffen. Danach lasst uns streben und das ist die zeithistorische Aufgabe des wiedervereinigten Deutschland und seiner Politik. Beides wird nicht durch einzelne Politiker repräsentiert, sondern durch Bund und Länder.“

Um 17 Uhr machten wir uns auf dem Weg nach Hause und waren ca. 21 Uhr in Elmenhorst, des letzten Ausstiegshaltepunkt. *Manfred Klein, Schwaan*

TERMINE

WANN?	WAS?	WO?
Mi.., 27.11., 19.30 Uhr	RLS: „Wie Lichter in der Nacht“ Lesung mit Jürgen Grässlin, „Deutschlands bekanntestem Rüstungsgegner“	Andere Buchhandlung Wismarsche Str. 6/7

AUS DEM LANDTAG

Mecklenburg-Vorpommern erhält ein modernes, praxisorientiertes Bildungsangebot

Zum Gesetzentwurf über die Bildung von Berufsakademien erklärt der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion, Christian Albrecht:

„Wir wollen ein modernes, praxisorientiertes Bildungsangebot etablieren, das für junge Menschen attraktiv ist. Zentraler Punkt ist die duale Ausbildung, die Theorie und Praxis miteinander verknüpft. Die Berufsakademien bieten den Studierenden die Möglichkeit, gleichzeitig in einem Unternehmen zu arbeiten und ein Studium zu absolvieren. Die jungen Menschen erwerben nicht nur theoretisches Wissen, sie sammeln auch praktische Erfahrungen und übernehmen bereits früh Verantwortung.

Die Einführung von Berufsakademien bringt nicht nur den Studierenden Vorteile, sondern auch der regionalen Wirtschaft. Unternehmen haben so die Möglichkeit, qualifizierte Fachkräfte direkt in ihren Betrieben auszubilden und an sich zu binden. Berufsakademien sind eine attraktive Alternative zum klassischen Hochschulstudium. Sie bieten die Möglichkeit, in der Region zu bleiben und gleichzeitig eine hochwertige Ausbildung zu genießen.

Wir wollen die Landeshauptstadt zum Bildungs- und Innovationszentrum entwickeln, Schwerin ist auf der Hochschullandkarte des Landes bislang wenig präsent. Summa summarum bieten Berufsakademien jungen Menschen große Chancen und sie stärken die regionale Wirtschaft. Der Gesetzentwurf ist ein Schritt in die Zukunft: praxisnahe Bildung, frühzeitige Berufserfahrung und finanzielle Sicherheit.“

Armut als gesellschaftliches Problem anerkennen und stärker aus Tabu-Zone holen

Zum Fachtag der Landesarmutskonferenz „Armut im ländlichen Raum“ erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Jeannine Rösler:

„Meine Fraktion dankt der Landesarmutskonferenz für die Durchführung dieses Fachtages, der wichtige Impulse gesetzt hat. Auch wenn die Armutsquoten im Land gesunken sind, dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass auch bei uns immer noch viel zu viele Menschen von Armut betroffen sind. Sie beeinträchtigt die Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und damit auch eine gedeihliche Zukunft unseres Landes. Wir dürfen Armut als gesellschaftliches Problem niemals ausblenden und müssen es noch stärker aus der Tabu-Zone holen. Hören wir auf, Armut mit individuellen Schuldzuweisungen zu verbinden, von Armut betroffene Menschen zu diskreditieren und sie als faul und unwillig zu stigmatisieren.

Das gesellschaftliche Armutsbild muss kritisch reflektiert und bestehende Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit überprüft werden – so auch der Tenor der Tagung. Um Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt integrieren zu können, sind geeignete Arbeitsplätze u.a. mit sozialpädagogischer Begleitung erforderlich, anstatt allein auf das Credo der effektiven Aktivierung zu setzen. Als weitere Mängel wurden auf der Konferenz die seit Jahren unzureichende Forschung zum Thema und das Fehlen einer regelmäßigen Armuts- und Reichtumsberichterstattung in M-V benannt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer resümierten, dass in der Politik insgesamt der Wille zur Umverteilung fehlt, die erforderlich wäre, Armut wirksam zu bekämpfen und letztlich zu beseitigen. Meine Fraktion teilt dieses Fazit und fordert seit Jahren eine Umverteilung von oben nach unten, etwa die Wiedererhebung der Vermögensteuer, eine gerechte Erbschaftssteuer sowie ein Steuersystem, welches diejenigen, die riesige Vermögen und Einkommen haben, an den öffentlichen Aufgaben und den erforderlichen Investitionen stärker beteiligt.“

Im Landkreis Rostock wird die Tradition noch hochgehalten, hier in Vietow bei Tessin

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Domstr. 5, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe (Spende + Versandkosten)

AUS DEM LANDTAG

Unsere Demokratie ist wehrhaft – es besteht eine historische Verantwortung

Zum Antrag für ein mögliches AfD-Verbot, der von Bundestagsabgeordneten verschiedener Parteien unterstützt wird, erklärt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Michael Noetzel:
„Meine Fraktion unterstützt die Initiative ausdrücklich, ein Verbot der extrem rechten AfD durch das Bundesverfassungsgericht prüfen zu lassen. Das Grundgesetz sieht ein Parteienverbot als Ultima Ratio

ausdrücklich vor – und zwar nicht, um politische Mitbewerber kaltzustellen, sondern um das Grundgesetz mit seinen Werten und insbesondere die Würde jedes einzelnen Menschen zu schützen und zu wahren. Ein Verbot richtet sich auch nicht gegen Wählerinnen und Wähler, wie uns die Propagandaschleudern vom rechten Rand weismachen wollen, sondern soll einer offenbar faschistoiden Partei die Mittel und Privilegien nehmen, mit denen die Grundsätze unseres Zusammenlebens aktiv bekämpft werden.

Das erbärmliche und demokratieverachtende Schauspiel, welches die AfD kürzlich bei der Konstituierung des Thüringer Landtages lieferte, offenbart glasklar: Die AfD will nicht demokratisch mitgestalten, sie missbraucht ihre Möglichkeiten, um den Parlamentarismus verächtlich zu machen und zu untergraben.

Seit ihrer Gründung im Februar 2013 treiben völkische und faschistische Kräfte systematisch die Radikalisierung der Partei voran. Planungen für rassistische Massendeportationen, Relativierung und Verherrlichung des Nationalsozialismus oder der bewusste Schulterschluss mit dem Rechtsterrorismus – Beispiele für die demokratie- und menschenverachtende Ausrichtung der AfD füllen inzwischen ganze Bücher. Ein Ende dieser Radikalisierungsspirale ist nicht abzusehen, auch nicht hier in Mecklenburg-Vorpommern. Mit der AfD ist hierzulande die Identitäre Bewegung nicht nur direkt in Landtag mit eingezogen. Darüber hinaus demonstrieren führende Funktionäre die ideologische Nähe zu diesem rassistisch-menschenverachtenden Netzwerk, indem gemeinsam über einen autoritären ‚Systemwechsel' fantasiert wird. Meinungsführer in der Partei bekannten sich zudem mehrfach zum extrem rechten Flügel der Partei mit dem faschistischen Spiritus Rector Björn Höcke. Da ist die Einbindung und Mandatsversorgung von Aktiven aus dem Umsturznetzwerk Nordkreuz auch nur folgerichtig.

Wir müssen auch aus unserem Land den Vorstoß für die Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD unterstützen und die dafür erforderlichen Zuarbeiten leisten. Die Verdachtsmomente für die demokratie- und verfassungsfeindliche Ausrichtung der AfD wiegen schwer, deshalb muss das Bundesverfassungsgericht prüfen, ob ein Verbot dieser Partei erfolgen muss. Nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus besteht die historische Verantwortung, dem vom Grundgesetz vorgesehenen Schutz der Verfassung angemessen Rechnung zu tragen."

Linke in MV unterstützt Bundestagsinitiative für ein AfD-Verbotsverfahren

Der Landesvorstand der Linken in MV begrüßt diese Initiative auch. Dazu erklärt der Landesvorsitzende der Linken in MV, Hennis Herbst:
„Die AfD ist eine Bedrohung für die Demokratie. Es ist nur folgerichtig, dass ein AfD-Verbotsverfahren im Bundestag vorgeschlagen wird.
Dass die AfD nicht auf dem Grundsatz der freiheitlich demokratischen Grundordnung agiert, zeigen nicht nur die rassistischen Äußerungen und SA-Parolen, die von der AfD in aller Öffentlichkeit vorgetragen werden. Jüngstes Beispiel ist auch das Verhalten der AfD im Thüringer Landtag, wo demokratische Prozesse vorsätzlich angegriffen wurden. Ein Parteiverbotsverfahren ist ein rechtsstaatliches Instrument diesen Angriffen auf die Demokratie zu begegnen und Ausdruck einer wehrhaften Demokratie. Gleichwohl muss uns klar sein, dass ein Verbotsverfahren nicht die politische Auseinandersetzung mit der AfD ersetzt. Es bleibt Aufgabe aller demokratischen Parteien den Existenzängsten und dem politischen Vertrauensverlust der Menschen zu begegnen. Dabei muss sich die tatsächliche Lebenssituation der Menschen verbessern. Höhere Löhne, leistbare Mieten und Bildungsgerechtigkeit für unsere Kinder bleiben deshalb wichtige Antworten, um dem Rechtspopulismus glaubhaft zu begegnen."

Up un Dal

Gewinner: Am 9. Oktober gründeten Genossinnen und Genossen in Greisfwald eine neue Landesarbeitsgemeinschaft „Die Linke hilft".
Verlierer: Es gibt immer noch Linke-Mitglieder, die Werbung für das BSW und Wagenknecht machen.

ZITAT

„Kämpfe für die richtige Seite, aber bleibe unbestechlich kritisch gegenüber deren Fehlern." George Orwell

ZAHL DES MONATS

Um durchschnittlich 0,8% soll der Zusatzbeitrag in der Krankenversicherung bald steigen. Wie wäre es, wenn endlich die Beitragsbemessungsgrenze fällt?

***